

Inhaltsverzeichnis

1. Markus Ferber	
2. Hanns-Seidel-Stiftung	
3. CSU	
4. Mittelstands- und Wirtschaftsunion	
5. European Parliamentary Financial Services Forum	
6. Kangaroo Group	
7. Deutsche Vermögensberatung	
8. Wirtschaftsbeirat Bayern	
9. Deutsche Vermögensberatung AG DVAG	
10. European Logistics Platform	

Markus Ferber

Der CSU-Politiker **Markus Ferber** (*15. Januar 1965 in Augsburg), Vorsitzender der [Hanns-Seidel-Stiftung](#), ist Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP) und dort als Co-Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) sowie Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) sowie Stellv. Vorsitzender im Unterausschuss für Steuerfragen ein einflussreicher Wirtschafts- und Finanzpolitiker. Er ist weiterhin in den folgenden wirtschaftsnahen Organisationen aktiv: [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (Ständiger Gast im Präsidium), [European Parliamentary Financial Services Forum](#), [Kangaroo Group](#) (Vorsitzender der Working Group on Financial Services).

Die NGO "Finanzwende" bezeichnet Ferber in einer Analyse als den langen Arm der Finanzlobby ins Europaparlament^[1] Immer wieder agiere er zugunsten der Finanzbranche und zulasten von Verbraucher- und Klimaschutz sowie der Stabilität des Finanzsystems.

Inhaltsverzeichnis

1 Entgeltliche Nebentätigkeiten	2
2 Fallbeispiele	3
2.1 2024: Aufdeckung eines Interessenkonflikts von Markus Ferber	3
2.2 2022: Ablehnung eines Provisionsverbot für Finanzprodukte	3
2.3 2011: Copy und Paste im Europaparlament	3
3 Karriere	3
4 Europäisches Parlament	4
5 Nebentätigkeiten/Netzwerke	4
6 Zitate	4
7 Weiterführende Informationen	5
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
9 Einzelnachweise	5

Entgeltliche Nebentätigkeiten

Ferber übt eine Vielzahl von Nebentätigkeiten, die zum Teil vergütet werden. Hierzu gehören:

- Hanns-Seidel-Stiftung, Vorsitzender (2.500 Euro monatlich)
- [Deutsche Vermögensberatung](#), Mitglied im Beirat (20.000 Euro jährlich)
- Kreissparkasse Augsburg, Mitglied des Verwaltungsrats (600 Euro monatlich)
- Sparda Zukunftsrat, Mitglied (2000 Euro pro teilgenommener Sitzung)
- Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen, Mitglied (2.500 Euro jährlich)

Quelle: ^[2]

Fallbeispiele

2024: Aufdeckung eines Interessenkonflikts von Markus Ferber

Laut [POLITICO](#) hat Ferber Unternehmen der Finanzbranche bei der Umsetzung der MIFID Richtlinie der EU (Finanzmarktrichtlinie) beraten.^[3] Dies hatte er der Recherche zufolge gemeinsam mit Michael Heijmeijer geplant, dem Gründer und CEO von Cfinancials. Gleichzeitig war Ferber an der Gestaltung der Richtlinie selbst unmittelbar beteiligt. LobbyControl fordert, dass EU-Parlamentspräsidentin Metsola auf die Verwicklung von Ferber in Beratungstätigkeiten reagieren muss.

2022: Ablehnung eines Provisionsverbot für Finanzprodukte

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hat die EU-Kommission auch wegen der Intervention deutscher Politiker auf ein Provisionsverbot für Finanzprodukte verzichtet.^[4] Zu diesen Politikern gehöre auch Ferber, der schon im Dezember 2022 gesagt habe, ein Provisionsverbot würde Teile der Bevölkerung von der Finanzberatung ausschließen. Ferber sitzt im Beirat der [Deutschen Vermögensberatung](#) (DVAG) (Honorar: 1001 bis 5000 Euro monatlich), die lt. SZ 2021 mehr als 2,2 Mrd. Euro an Verkaufsprovisionen kassiert hat. Ferber ist auch Mitglied in den folgenden Gremien von Sparkassen: Beirat des Sparkassenverbands Bayern, Verwaltungsrat der Sparkasse Schwaben-Bodensee, der Kreissparkasse Augsburg und Zukunftsrat der genossenschaftlichen Sparda-Banken (Honorar jeweils bis 499 Euro monatlich).^[5] Weiterhin ist er Mitglied des Steering Committee des [European Parliamentary Financial Services Forum](#) (nicht vergütet), das sich aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft zusammensetzt, und Vorsitzender der Working Group on Financial Services der [Kangaroo Group](#), der der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angehört.^[6] Markus Zydra fordert in der SZ, dass die Parlamente Nebentätigkeiten für hauptamtliche Volksvertreter endlich verbieten sollten: „Amtierende Politiker sollten nicht für die Finanzbranche arbeiten. Die Parlamentarier haben die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Dafür sind sie gewählt. Und dafür werden sie bezahlt.“^[7]

2011: Copy und Paste im Europaparlament

Laut Recherchen der NGO "Corporate Europe Observatory" standen acht Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des EU-Parlaments im Verdacht, Änderungsanträge der Finanzlobby zur Regulierung von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen praktisch 1:1 eingebracht zu haben.^{[8][9]} Zu diesen gehörte auch Markus Ferber.

Karriere

- seit 2021 Vizepräsident der Union Europäischer Föderalisten (UEF)
- seit 2020 Vorsitzender der Hans-Seidel-Stiftung
- seit 2018 Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament
- 2014-2018 Erster stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament
- seit 2013 Sprecher des Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament
- 2005-2014 Mitglied des Präsidiums der [CSU](#)

- seit 2005 Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben
- seit 2000 Landesvorsitzender der **Europa-Union** Bayern
- seit 1999 Mitglied im Parteivorstand der CSU
- 1999-2014 Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament
- 1996-1999 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
- 1994-1999 Sprecher der Jungen Gruppe der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament
- seit 1994 **Mitglied des Europäischen Parlaments**
- 1992-1994 Vertriebsingenieur für Export im Bereich Umwelttechnik bei der Pfister AG
- 1990-1994 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Schwaben
- 1990-1992 Entwicklungsingenieur im Bereich Mikroelektronik bei der Siemens AG
- 1985-1990 Studium der Elektrotechnik an der Technischen Universität München, Abschluss Diplom-Ingenieur

Quelle: ^[10]

Europäisches Parlament

- Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), Mitglied
- Unterausschuss für Steuerfragen, Stellv. Vorsitzender
- Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN), Stellv. Mitglied

Quelle: ^[11]

Nebentätigkeiten/Netzwerke

- [Hanns-Seidel-Stiftung](#), Vorsitzender
- Europa Union Bayern, Landesvorsitzender
- Union Europäischer Föderalisten (UEF), Stellv. Vorsitzender
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Präsidiums
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#), Ständiger Gast im Präsidium
- Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe), Co-Vorsitzender
- [Deutsche Vermögensberatung AG DVAG](#), Mitglied des Beirats
- Kreissparkasse Augsburg, Verwaltungsrat
- Sparda-Zukunftsrat, Mitglied
- Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen, Mitglied
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#) (Mitglied des „Steering Committee“)
- [Kangaroo Group](#) (Vorsitzender der Working Group on Financial Services)
- [European Logistics Platform](#), Mitglied des Beirats^[12]
- Peoples Financials Foundation, Mitgründer und Stiftungsrat
- Finanzkollegium Brüssel, Vorsitzender
- Max-Planck-Institut für Biochemie und Neurologie, Mitglied im Kuratorium

Quelle: Quelle: ^[13]

Zitate

Weiterführende Informationen

- [Der bayerische Abgeordnete Markus Ferber - Der lange Arm der Finanzlobby ins Europaparlament, Recherche von Finanzwende vom 08.07.2024](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der bayerische Abgeordnete Markus Ferber Der lange Arm der Finanzlobby ins Europaparlament, finanzwende.de vom 08.07.2024, abgerufen am 20.07.2024](#)
2. ↑ [Erklärung über private Interessen vom 16.07.2024, europarl.europa.eu, abgerufen am 20.07.2024](#)
3. ↑ [Pressemitteilung LobbyControl vom 21.02.2024](#)
4. ↑ [Die Bankenlobby hat gesiegt, sueddeutsche.de vom 02.05.2023](#)
5. ↑ [Erklärung der finanziellen Interessen, eurparl.europa.eu, abgerufen am 05.05.2023](#)
6. ↑ [Members, kangaroogroup.de, abgerufen am 05.05.2023](#)
7. ↑ [Schluss mit den Nebenjobs für Politiker, sueddeutsche.de vom 04.05.2023, abgerufen am 05.05.2023](#)
8. ↑ [Finanzlobby: Copy und Paste im Europaparlament, lobbycontrol.de vom 16.03.2011, abgerufen am 20.05.2023](#)
9. ↑ [Monitor-Dokumentation: Steuermilliarden - wie sich die Banker in Brüssel die Regeln selber machen, sven-giengold.de vom 26.08.2011, abgerufen am 20.05.2023](#)
10. ↑ [Lebenslauf Homepage, abgerufen am 31.05.2023](#)
11. ↑ [Parlamentarische Tätigkeit, Webseite des Europäischen Parlaments\], abgerufen am 20.07.2024](#)
12. ↑ [Advisory Board, european-logistics-platform.eu, abgerufen am 20.07.2024](#)
13. ↑ [Erklärung über private Interessen vom 16.07.2024, europarl.europa.eu, abgerufen am 20.07.2024](#)

Hanns-Seidel-Stiftung

Die **Hanns-Seidel-Stiftung** e. V. ist ein CSU-naher Verein, dessen Zweck u. a. die Förderung der demokratischen und staatsbürgerlichen Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage ist.^[1] Schwerpunkte der Arbeit sind Politische Bildungsarbeit, Förderung der Wissenschaft, Politikberatung, Stipendiatenförderung, Entwicklungsarbeit und Pflege internationaler Kontakte. Eine beachtliche Zahl

Hanns-Seidel-Stiftung

[[Bild:<date>|center]]

Hauptsitz Lazarettstr. 33, 80636 München
Lazarettstr. 33, 80636 München

Gründung 1967

Tätigkeitsbereich Förderung der Bildung auf christlicher Grundlage

Mitarbeiter

von Vorstandsmitgliedern ist in Gremien der Wirtschaft und dieser nahestehenden Organisationen aktiv. Kooperationspartner sind u.a. Unternehmen, Wirtschaftsverbände, die [Bertelsmann Stiftung](#), die [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und die [Mont Pelerin Society](#), ein weltweit aktives neoliberales Elitennetzwerk.

Hanns-Seidel-Stiftung

Etat

Webadres [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
se

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Personal	6
1.1 Vorstand	6
1.2 Mitglieder	7
1.3 Geschäftsführung	7
2 Kooperationen	8
3 Weiterführende Informationen	8
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
5 Einzelnachweise	8

Organisationsstruktur und Personal

Die Stiftung ist weltweit in über 60 Ländern mit über 90 Projekten tätig. Verbindungsstellen werden in Washington, Athen, Brüssel und Moskaus unterhalten.

Vorstand

Vorsitzende

- **Ursula Männle** (Vorsitzende)
 - Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - frühere Aktivitäten: Mitglied des Deutschen Bundestags, familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten, Mitglied des Bayerischen Landtags
- **Markus Ferber** (Stellv. Vorsitzender)
 - Europäisches Parlament: Stellv. Vorsitzender des **Ausschuss für Wirtschaft und Währung** und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM)
 - **Wirtschaftsbeirat Bayern**, Mitglied des Präsidiums
 - **Transatlantic Policy Network**, Mitglied
 - **European Logistics Platform**, Mitglied des Beirats
 - **K & S Consultants** AG, Berater
 - Sparkassenverband Bayern, Mitglied des Beirats für sparkassenpolitische Grundsatzentscheidungen
 - Kreissparkasse Augsburg, Verwaltungsrat
- **Alois Glück** (Stellv. Vorsitzender)
 - Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken
 - ehem. Vorsitzender der CSU Landtagsfraktion
- **Ingo Friedrich** (Schatzmeister)
 - **Europäischer Wirtschaftssenat**, Präsident
 - **Wir Eigentümerunternehmer**, Senator der Politik
 - Mitglied im CSU-Parteivorstand
 - Europäische Volkspartei, Präsidiumsmitglied

- Europäisches Parlament, ehem. Vizepräsident
- [Michael Glos](#) (Schriftführer)
 - [Deutsch-Aserbaidschanisches Forum](#), Mitglied des Kuratoriums
 - RHJ International AG, Stolzühle AG und West-East Contact GmbH (W.E.C.), Berater
 - Castellbank AG und Münchner Hypothekenbank e.G., Mitglied des Aufsichtsrats
 - Qatar Germany Forum GmbH, Delta Management Consultants GmbH und [Consultum Communications](#), Mitglied des Beirats
 - ehem. Bundeswirtschaftsminister, ehem. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

Weitere Mitglieder des Vorstands sind u.a.

- [Angelika Niebler](#)
 - Mitglied im Parteivorstand der CSU
 - Europäisches Parlament: Mitglied im [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie](#)
 - Metabion International AG, Vorsitzende des Aufsichtsrats
 - LVM Krankenversicherung, Mitglied des Aufsichtsrats
 - [German European Security Association](#), Gründungsmitglied
 - [European Internet Foundation](#), Governor
 - [European Energy Forum](#) und [Sky and Space](#), Mitglied
 - [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Präsidiums (Vorsitzende "Forum Brüssel")
- [Edmund Stoiber](#)
 - Pro Sieben Sat1 Media AG, Vorsitzender des Beirats
 - [Deloitte](#), Vorsitzender des Beirats
 - Donner & Reuschel Privatbank, Mitglied des Beirats
 - [Commerzbank](#), ehem. Mitglied des Zentralen Beirats
 - [Nürnberger Versicherungsgruppe](#), Mitglied des Aufsichtsrats
 - [Münchner Sicherheitskonferenz](#), Mitglied des Beirats
 - frühere Aktivitäten und Positionen: Vorsitzender einer EU-Expertengruppe zum Bürokratieabbau, Bayerischer Ministerpräsident, Generalsekretär der CSU
- [Otto Wiesheu](#)
 - Lobbyist für die [Deutsche Bahn](#) (bis 2009 Vorstandsmitglied, danach Berater)
 - [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Präsidiums
 - ehem. Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

Quelle: ^[2]

Mitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer

- [Peter Witterauf](#)

Leiter Verbindungsstelle Brüssel

- **Christian Forstner**, Mitglied des Beirats Brüssel der [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)^[3]

Kooperationen

Kooperationspartner sind u.a.

- [Bertelsmann Stiftung](#)
- [Herbert Quandt-Stiftung](#)
- [Centrum für angewandte Politikforschung](#) (CAP)
- [Deutsche Atlantische Gesellschaft](#) (deren Präsident ist Landwirtschaftsminister Christian Schmidt/CSU)
- [Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik](#) (GfW) (Mitglied des Kuratoriums der GfW ist Landwirtschaftsminister Christian Schmidt/CSU)
- [EADS](#)
- [Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik](#) (VDE)
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (Vbw)
- [BMW](#)
- [Münchner Rück](#)
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) - Frankfurter Institut
- [Mont Pelerin Society](#)

Quelle: ^[4]^[5]

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Satzung, Webseite Hanns-Seidel-Stiftung](#), abgerufen am 02. 10. 2015
2. ↑ [Vorstand und Mitglieder. Webseite der Stiftung](#), abgerufen am 03. 10. 2015
3. ↑ [Repräsentant und Beirat Brüssel, Stand: 30. Juli 2015, Webseite dwt-sgw](#), abgerufen am 03. 10. 2015
4. ↑ [Hanns-Seidel-Stiftung 2004 - 2014 Eine zukunftsorientierte Leistungsbilanz, S. 10, Webseite der Stiftung](#), abgerufen am 03. 10. 2015
5. ↑ [Nationale und Internationale Wissenschaftskooperationen, Webseite der Stiftung](#), aberufen am 03. 10. 2015

CSU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	9
1.1 Bundestagswahl 2025	9
1.2 Bundestagswahl 2021	9
1.3 Bundestagswahl 2013	9
1.4 Bundestagswahl 2009	10
2 Finanzierung	10
2.1 Rechenschaftsberichte	10
2.2 Top-Spender	11
2.3 Gesamteinnahmen	11
3 Beteiligungen an Unternehmen	13
4 Seitenwechsler:innen	13
5 Wirtschaftsbeirat Bayern	13
6 Weiterführende Informationen	13
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	13
8 Einzelnachweise	13

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch Grundsatzprogramm der CSU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2013

Im [Bundestags-Wahlprogramm 2013 von CDU/ CSU](#) finden sich keine Aussagen zu Transparenz und Regulierung des Lobbyismus.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[2]

- Die Antworten wurden von CDU/CSU gemeinsam abgegeben (für eine Einordnung siehe daher [CDU](#)).

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[3]

- Antworten wurden von CDU/CSU gemeinsam abgegeben (siehe [CDU](#)).

Finanzierung

Die CSU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 51.020.985,78 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 33.284.682,3 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Einnahmen der Schwesterpartei [CDU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CSU

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der CSU in den Jahren 2019-2023 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie	2.437.000€	Der VBM ist der bayerische Regionalverband von Gesamtmetal und seit vielen Jahren der größte Einzel-Parteispender in Deutschland.
Verbände der Chemischen Industrie	334.000€	Spenden von Verband der Chemischen Industrie (VCI) und Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
Sixt GmbH & Co Autovermietung KG	125.690,28€	
Bayerischer Bauindustrieverband e.V.	215.200€	
Max Aicher-Firmen (Stahl, Entsorgung)	133.900€	Spenden von Max Aicher GmbH & Co. KG, Max Aicher Umwelt GmbH sowie Aicher GmbH & Co. KG
IBC Solar AG	140.004,01€	
Munich RE	150.000€	Spenden von Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, ERGO Versicherungsgruppe AG sowie ERGO Group AG
Allianz	150.000€	
Dr. Silke Launert	123.383,37€	
Christian Lealahabumrung	116.240€	

Weitere Spender der CSU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CSU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

2024	2023	2022	2021	2020	2019
------	------	------	------	------	------

Art der Einnahmen	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	10,4	24,7	10,5	29,5	11,1	27,8	11,1	24,6	10,3	21,4
			5	8	4	5	4	9	9	3	3	9
Mandatsträgerbeiträge	-	-	3,9	9,3	3,7	10,5	3,8	9,5	3,9	8,	3,6	7,5
			5	7	6	4	3	8	1	6	5	9
Spenden von natürlichen Personen	-	-	5,3	12,7	3,1	8,8	4,1	10,4	9,1	20,	8,2	17,0
			8	5	7	9	9	9	8	2	1	8
Spenden von juristischen Personen	-	-	4,0	9,6	1,5	4,2	3,4	8,5	3,6	7,9	4,0	8,3
			7	6	2	6	2	6	1	5	2	6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	-	-	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,
			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aus sonstigem Vermögen	-	-	0,6	1,6	1,3	3,6	0,	1,5	0,6	1,3	0,6	1,4
			8	2	0	6	6	1	3	8	7	0
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	-	-	4,	10,9	3,2	9,1	0,7	1,9	1,4	3,2	6,0	12,5
			6	1	7	7	7	4	7	2	2	2
Staatliche Mittel	-	-	12,6	29,8	11,6	32,7	15,7	39,3	15,1	33,3	14,	30,5
			1	9	8	5	1	2	7	9	7	6
Sonstige	-	-	0,4	1,0	0,4	1,1	0,2	0,7	0,2	0,6	0,4	1,
			3	2	2	8	9	1	8	3	8	0
Summe	-	-	42,17 Mio € 35,67 Mio € 39,95 Mio € 45,44 Mio € 48,08 Mio €									

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	10,3	22,7	10,3	23,8	9,7	25,1	9,7	16,5	9,7	20,8	10,0	21,0
	2	6	3	2	8	6	8	7	2	0	1	3
Mandatsträgerbeiträge	3,6	8,1	3,6	8,4	3,6	9,3	3,6	6,1	3,6	7,8	3,1	6,6
	9	4	7	7	5	9	1	1	9	9	7	7
Spenden von natürlichen Personen	5,7	12,6	5,4	12,5	3,9	10,1	3,7	6,4	9,7	20,8	8,5	17,9
	5	7	4	5	6	9	8	0	3	1	6	7
Spenden von juristischen Personen	4,5	10,1	4,4	10,1	2,5	6,5	2,1	3,7	3,8	8,3	6,0	12,7
	9	2	1	6	6	9	9	1	9	2	8	7
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aus sonstigem Vermögen	0,8	1,9	1,2	2,8	0,3	0,8	18,6	31,6	0,1	0,3	0,2	0,5
	8	3	2	2	3	4	8	2	8	8	5	3

Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	6,1 7	13,6 1	6,2 7	14,4 5	6,3 3	16,2 7	6,4 3	10,8 8	6,6 4	14,1 9	7, 3	15,3 9
Staatliche Mittel	13,7 4	30,2 9	11,7 8	27,1 6	12, 1	31,1 2	13,4 1	22,7 1	16,7 0	27,1 5	12,0 1	25,2 2
Sonstige	0,2 2	0,4 8	0,2 5	0,5 7	0,1 7	0,4 4	1,1 8	2,0 0	0,2 2	0,4 6	0, 2	0,4 2
Summe	45,36 Mio € 43,37 Mio € 59,08 Mio € 59,08 Mio € 46,77 Mio € 47,6 Mio €											

Quellen:^[4]

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mandatsträgerbeiträge an die CSU im Jahr 2020 beliefen sich auf 3,906 Mio € und wurden auf 3,91 Mio € aufgerundet.

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CSU 100 %- Beteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- Bavaria Werbe- und Wirtschaftsdienst GmbH, München
- Union Report GmbH, Nürnberg

Das Haus- und Grundvermögen des Landesverbandes in München wird mit ca. 34 Mio. Euro bewertet

Seitenwechsler:innen

Eine Auflistung von Politiker:innen der CSU, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie [Seitenwechsler:innen](#) fallen

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), auch Wirtschaftsbeirat der Union genannt, ist der Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen.

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm von CDU und CSU 2025](#), cdu.de, abgerufen am 18.02.2025

2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022

Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Die **Mittelstands- und Wirtschaftsunion** (MIT)

(Bezeichnung bis 2019: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU) ist eine parteiinterne Vereinigung nach dem Statut der CDU sowie eine Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU. Mitglieder sind laut [Satzung](#) wirtschaftspolitisch interessierte Personen, insbesondere Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte, Angehörigen der Freien Berufe und der Leitenden Angestellten sowie von verantwortlich Tätigen in Wirtschaft und Verwaltung. Zu den Ständigen Gästen im Bundesvorstand gehört eine Reihe von Geschäftsführer:innen von Verbänden und Interessengruppen. Als Parteivereinigung unterliegt die MIT dem Parteiengesetz und damit u.a. auch Transparenzvorschriften. Als parteiinterne Vereinigung hat die MIT einen Sitz im Parteivorstand, unterliegt aber auch bestimmten Regeln des [Parteistatuts](#). Mindestens die Vorsitzenden der MIT auf allen Ebenen sowie auf Landes- und Bundesebene sämtliche Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder der CDU bzw. der CSU sein.

Die MIT bekennt sich zu einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit folgenden Prinzipien: Subsidiarität staatlichen Handelns, Förderung der Eigenverantwortung, weitgehender Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben und Sicherung des Leistungswettbewerbs. Laut ihrem [Grundsatzprogramm](#) ist der Kompass der MIT die Soziale Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft ist danach aus sich heraus sozial; sie bedarf keiner umfassenden Sozialpolitik als „Gegengewicht“ oder „Ausgleich“ (Kapitel 2). Weiterhin wird ein schlanker Staat mit einer Staatsquote von 40 % angestrebt; ein europaweiter einheitlicher Mindestlohn wird abgelehnt.

2022 begrüßte die MIT die Wahl von [Friedrich Merz](#) zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei.^[1] Dem gewählten CDU-Präsidium gehörten neben Merz alle fünf Stellvertreter, die Bundesschatzmeisterin, sowie fünf der sieben weiteren Mitglieder der MIT an.

Mehrere Anträge zum 38. Bundesparteitag der CDU Ende Februar 2026 dienen dem Ziel, Regelungen zum Umwelt- und Arbeitsschutz einzuschränken. Der „Spiegel“ urteilt: „Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen“.^[2]

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)

Recht Vereinigung nach dem Statut der CDU
sform /Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU
Tätigk Interessenvertretung der
eitsbe unternehmerischen Wirtschaft
reich gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ 1956 bzw. 1995 (Fusion der
ungsd Vorgängerorganisationen)
atum
Haupt Schadowstr. 3, 10117 Berlin
sitz
Lobby
büro
Lobby
büro
EU
Weba mit-bund.de
dresse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit	15
1.1 Allgemein	15

1.2 Parlamentskreis Mittelstand	15
1.3 Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM)	16
1.4 Kooperation mit SME Europe	16
1.5 Gesprächskreis mit dem BDI	17
1.6 Kommissionen	17
1.7 Mitwirkung der MIT und der Mittelstands-Union der CSU (MU) bei der Erarbeitung des neuen Grundsatz- und Wahlprogramms der CDU und des Koalitionsvertrags	17
1.8 Klimaschutz	17
1.9 Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit	19
1.10 Telefonische Krankschreibung abschaffen	20
1.11 Gegner des Lieferkettengesetzes	20
1.12 Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"	22
1.13 Rundfunkreform	22
2 Sponsoring	23
2.1 Veranstaltungsformate und Optionen	23
2.2 Beispiel: Bundesmittelstandstag	23
2.3 Einnahmen aus Sponsoring	23
3 Mitglieder	23
4 Bundesmittelstandstag	23
5 Bundesvorstand	24
5.1 Zusammensetzung	24
5.2 Mitglieder des Bundesvorstands	24
6 Präsidium	24
7 Auslandsverband Belgien	25
8 Finanzen	25
9 Einzelnachweise	25

Lobbyarbeit

Allgemein

Nach § 2 der [Satzung](#) übt die MIT politischen Einfluss aus über die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen, die Durchführung von Veranstaltungen, die Herausgabe von Publikationen sowie die Information und Förderung der Willensbildung ihrer Mitglieder. Sie strebt eine Repräsentanz in den Parlamenten sowie in den Gremien der CDU und CSU an, die der Bedeutung des Mittelstandes entspricht. Zur Durchsetzung ihrer Politik unterstützt und berät die MIT insbesondere Parlamentarier aus ihren Reihen. Nach eigenen Angaben ist die MIT der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband.^[3]

Parlamentskreis Mittelstand

Die MIT arbeitet eng mit dem [Parlamentskreis Mittelstand](#) (PKM) zusammen, der für die Belange kleinerer, mittlerer und familiengeführter Unternehmen eintritt. Von den 208 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion engagierten sich im Januar 2026 53 Abgeordnete im PKM, der laut MIT-Satzung einen Vertreter in den MIT-Bundesvorstand entsendet.^[4] Der Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand ist Ständiger Gast im MIT-Bundesvorstand.

Vorsitzende des PMK sind:

- Christian Frhr. von Stetten, Mitglied des Bundesvorstands der MIT, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied der AG Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion
- Florian Oßner, Stellv. Vorsitzender der AG Haushalt der CDU/CSU-Fraktion
- Caroline Bosbach, Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat des Deutschen Bundestags
- Tilmann Kuban (Vorsitz aktuell ruhend), Sprecher & Vorsitzender der AG Angelegenheiten der Europäischen Union der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestags, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags
- Kerstin Radomski, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied der AG Haushalt der CDU/CSU-Fraktion

Zu den Mitgliedern gehören:

- Philipp Amthor, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung
- Steffen Bilger, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Gitta Connemann, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand, Bundesvorsitzende des MIT
- Julia Köckner, Bundestagspräsidentin
- [Carsten Linnemann](#), CDU-Generalsekretär, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mathias Mittelberg, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Saskia Ludwig, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, die wegen Kontakten zu rechten Organisationen in der Kritik steht^[5]
- [Jens Spahn](#), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM)

Auch in der Legislaturperiode von 2024-2029 hat sich eine Gruppe von 21 CDU/CSU-Europaabgeordneten zum Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe) zusammengeschlossen.^[6] Dessen Sprecher sind [Markus Ferber](#) (CSU) und Marion Walsmann (CDU).

Kooperation mit SME Europe

Nach einem Bericht von der Mitgliederversammlung des belgischen Auslandsverbandes der MIT am 27. Mai 2024 hat sich dieser für die kommenden beiden Jahre zum Ziel gesetzt, nach der Europawahl im Juni die wichtigsten EU-Themen aus Sicht des deutschen Mittelstands in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament und der europäischen Mittelstandsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP) [SME-Europe](#) zu begleiten und sein Netzwerk in Brüssel und Berlin weiter auszubauen.^[7]

Gesprächskreis mit dem BDI

Die MIT organisiert gemeinsam mit dem [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) etwa zweimal im Jahr unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ einen vertraulichen Gesprächskreis, bei dem sich Vorstände von Konzernen mit (überwiegend jungen) Politikern von CDU und CSU austauschen.^[8]

Kommissionen

Die politischen Positionen werden in den folgenden Kommissionen erarbeitet:

- [Arbeit/Soziales](#)
- [Digitales](#)
- [Energie/Umwelt](#)
- [Gesundheit/Pflege](#)
- [Landwirtschaft/Ernährung](#)
- [Steuern/Finanzen](#)
- [Verkehr/Bau](#)
- [Wirtschaft/Handwerk/Handel/Tourismus](#)

Mitwirkung der MIT und der Mittelstands-Union der CSU (MU) bei der Erarbeitung des neuen Grundsatz- und Wahlprogramms der CDU und des Koalitionsvertrags

Im [Geschäftsbericht 2023 - 2025](#) zum Mittelstandstag wird der politische Einfluss so beschrieben: „Wir, die MIT und die MU, haben gemeinsam wichtige politische Projekte in Grundsatz- und Wahlprogramm der Union und am Ende im Koalitionsvertrag verankert wie die Unternehmenssteuerreform, die Aktivrente, den Bürokratierückbau, das Ende nationaler Alleingänge in der Europapolitik, die Reform des Bürgergeldes oder die Rückkehr zu marktwirtschaftlichem Klimaschutz.“ Zum Grundsatzprogramms der CDU wird weiter ausgeführt: „Bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms waren MIT-Mitglieder in allen Fachkommissionen vertreten. Die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann MdB war stellvertretende Leiterin der Fachkommission „Versorgungssicherheit“ und hat an den Klausurtagungen der CDU-Programm-Kommission in Cadenabbia teilgenommen. Aus dem MIT-Präsidium waren etwa Dorin Müthel-Brenncke Mitglied der Fachkommission „Wohlstand“, unser Bundeschatzmeister Michael Littig war in der Fachkommission „Soziale Sicherung“ aktiv.“ Zum Wahlprogramm wird erläutert: „Die MIT war als die Wirtschaftsvereinigung früh in dessen Erarbeitung eingebunden und hat insbesondere Vorschläge aus den Fachkommissionen, Branchendialogen, Netzwerken sowie von Wirtschaftsverbänden gebündelt und in den Programmprozess eingebracht. Im Ergebnis konnten wir mit dem Wahlprogramm hochzufrieden sein und viele Forderungen im Programm durchsetzen: von der Wirtschafts-, Steuer-, und Energiepolitik über die arbeits- markt-, sozial- und Gesundheitspolitik bis hin zur Europapolitik.“

Klimaschutz

Abschaffung der Klimaneutralität als Klimaschutzziel

MIT und Christliche Arbeitnehmerschaft werben laut Handelsblatt in einem gemeinsamen Antrag für den 38. CDU-Bundesparteitag für eine „Neudefinition des Zieles der ‚Klimaneutralität‘“, die die EU-Kommission verfolgt.^[9] Klimaneutralität müsse heißen: 90 Prozent weniger Emissionen bis 2050. Auch soll Deutschland europäische Vorgaben und Ziele nicht mehr übererfüllen. Vielmehr sollten beim Emissionshandel mehr Zertifikate kostenfrei zugeteilt und die Rechte weniger schnell reduziert werden. Auch sollen internationale Projekte, die helfen, Emissionen einzusparen, „ohne Limitierung“ angerechnet werden. Mit solchen Forderungen wären Teile des Koalitionsvertrages nicht kompatibel.^[10]

Die Überschrift eines „Spiegel“-Artikels lautet: „Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen“.^[11] Die klimapolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Lisa Baldum, übte scharfe Kritik an dem „Offenbarungseid“: „Wenn der Antrag von CDA und MIT auf dem CDU-Parteitag eine Mehrheit findet, liegt der Unterschied zu den Klima-Leugnern der AfD nur noch in der Wortwahl, nicht aber im Handeln.“^[12]

EU-Emissionsrechtehandel

Im Bericht des MIT-Hauptgeschäftsführers beim 14. Bundesmittelstandtags (27./28.09.2019)^[13] wird die Entstehung und Durchsetzung der eigenen Klimaschutzvorschläge beschrieben: „Die Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr unter Leitung von Henning Aretz und der CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig hat in intensivem Austausch mit Experten ein Konzept erarbeitet, das den EU-Emissionsrechtehandel als wirksamstes Mittel für Klimaschutz befürwortet. Es enthält die Forderung, die bislang nicht im Emissionsrechtehandel befindlichen Sektoren Verkehr und Gebäude in den EU-Emissionsrechtehandel einzubeziehen, notfalls auch zunächst nur in Deutschland. Im Gegenzug sollten andere Sekturmaßnahmen (ordnungsrechtlich vorgegebene Kraftwerksschließungen, Verbot oder Diskriminierung von Antriebstechniken, Tempolimits, Fahrverbote etc.) abgeschafft bzw. vermieden und finanzielle Belastungen (EEG-Umlage, Stromsteuer etc.) beseitigt bzw. reduziert werden. Es soll zu einer völligen Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik kommen, die deutlich marktwirtschaftlicher ausgerichtet ist. Dieses Konzept hat der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung im März 2019 in Kaiserslautern beschlossen. Die in der CDU bis dahin bereits begonnene Debatte um eine CO₂-Steuer konnte dadurch in eine andere Richtung gelenkt werden. Durch ergänzende Vorstandsbeschlüsse und ein von der MIT in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, das die europarechtliche Machbarkeit des Vorschlags bestätigt, wurde der MIT-Vorschlag weiter befördert. Der Vorschlag fand und findet immer wieder mediale Resonanz“

Konferenz der MIT Dresden und "Tichys Einblick" mit Klimaleugnern als Experten

Die MIT Dresden lud zu einem Expertenforum von "Tichys Einblick" mit dem Titel „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“ ein, das am 10. Oktober 2002 tagte.^[14] Roland Tichy gilt als einer der hartnäckigsten Klimafaktenleugner. Claudia Roth (Grüne) hatte im Oktober 2019 in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" zu Tichys Einblick folgendes geäußert: „Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht - von Roland Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs“. Die Klage Tichys gegen diese Äußerung wies das Landgericht Stuttgart im Februar 2020 zurück.^[15] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: "Wer in Tichys Einblick liest, dem fällt sehr schnell auf: Auf Präzision wird wenig Wert gelegt, stattdessen dienen - schlampige - Einzelbeobachtungen als Untergrund für pauschalisierende Urteile und zur Pflege von Ressentiments".^[16]

Die im Folgenden genannten Experten im Podium sind überwiegend Klimaleugner und Gegner der Energiewende, die bei „Tichys Einblick“ aktiv sind, als Interviewgeber und Autoren bei der neurechten „Jungen Freiheit“ mitwirken und bei Veranstaltungen der AfD auftreten:

- André Thess, Inhaber des Lehrstuhls für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, Mitglied von [Nuklearia](#), Erstunterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen^{[17][18]}
- Michael Beckmann, Lehrstuhlinhaber für Energie- und Speicherverfahrenstechnik an der Technischen Universität Dresden, Unterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen. Er hält die Energiewende für richtig und wichtig^[19]
- Fritz Vahrenholt, Dipl.-Chemiker, ehem. RWE-Manager, prominenter Leugner des menschengemachten Klimawandels^{[20][21][22]}, Referent beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#)^[23], Mitglied des [Academic Advisory Council](#) der [Global Warming Policy Foundation](#), unterzeichnete im Herbst 2019 einen von der niederländischen Klimaleugnerorganisation [Clintel](#) verfassten Erklärung, in der behauptet wird, es gäbe keine Klimakrise.^[24] Im Portal [Kalte Sonne](#) schreibt er eine wöchentliche Kolumne. Vahrenholt ist Autor von [Tichys Einblick](#) sowie Interviewgeber der [Jungen Freiheit](#) und deren JF-TV. und hält Vorträge bei der AfD.^[25] Weiterhin ist er Unterstützer der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#)^[26]
- Antje Hermenau, Unternehmensberaterin, ehem. Grünen-Politikerin, Senatsbeauftragte Sachsen des [Bundesverbands mittelständische Wirtschaft](#) (BVMW), vertritt die Meinung, dass der Klimawandel erfunden wurde, damit wir nicht aufbegehren und der Deutsche was zu tun hat.^[27] Sie ist Autorin der [Jungen Freiheit](#) und wirkt bei [TichysTalk](#) und [Tichys Ausblick](#) mit. 2016 trat sie in Döbeln als Gast einer AfD-Veranstaltung auf^[28]
- Frank Hennig, früher in Kohlekraftwerken eines großen Versorgers beschäftigt, ist Experte des Atom-Lobby-Verbands [Kernd](#) sowie Referent bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der AfD^{[29][30]}, dessen Veröffentlichungen regelmäßig beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#) wiedergegeben werden.^[31] Er schreibt Kolumnen bei [Tichys Einblick](#) und ist Interviewpartner der [Jungen Freiheit](#)
- Jörg Petzold, Geschäftsführender Gesellschafter der Optima Maschinenteile-Fertigungstechnik GmbH
- Werner Patzelt, Politikwissenschaftler, von dem sich die Technische Universität Dresden aufgrund seiner AfD-Nähe und seinem Sympathisieren mit der Pegida-Bewegung 2019 getrennt hat^[32], ist Interview-Partner bei [Tichys Einblick](#) sowie Autor der [Jungen Freiheit](#) und war Moderator der Tagung, auf der die „Stuttgarter Erklärung“ initiiert wurde. Beim [FORUM FREIHEIT 2018](#) der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) (Leitung: Roland Tichy) moderierte Patzelt das Panel „Das deutsche und europäische Immigrationsproblem“ mit Gerd Papke, Vera Lengsfeld und Thilo Sarrazin als Referenten

Die „Sächsische Zeitung“ kommentierte die Konferenz wie folgt: „Wenn man dann die frühere sächsische „Grünen-Ikone“ Antje Hermenau hört, die an der Seite von Roland Tichy moderiert - mit spöttischer Bemerkung über einen Unternehmer, der sich als CDU-Mitglied outet („mein Beileid“), sollte vielleicht die sächsische CDU-Spitze spätestens mal überlegen, warum Veranstaltungen unter ihrer „Fahne“ so laufen wie sie zunehmend laufen.“^[33]

Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit

Der Antrag des MIT-Bundesverbandes an den 38. CDU-Bundesparteitag Ende Februar 2026 lautet:

„Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert eine Reform der Teilzeit-Regelungen. Der Rechtsanspruch auf (Brücken-) Teilzeit soll zukünftig nur bei Vorliegen einer besonderen Begründung gelten. Besondere Gründe können beispielsweise die Erziehung von Kindern, die Pflege von Angehörigen oder eine berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung sein. Nicht besonders begründete Teilzeit kann weiterhin einvernehmlich zwischen den Arbeitsvertragsparteien vereinbart werden – jedoch ohne gesetzlichen Rückkehranspruch in Vollzeit. Für den Bezug ergänzender und aufstockender Sozialleistungen (Grundsicherung, Kinderzuschlag, Wohngeld) soll ein grundsätzlicher Vollzeit-Vorbehalt gelten. Die Kombination von Teilzeit und Sozialleistungen wird nur bei Vorliegen besonderer Gründe möglich sein. Die Solidargemeinschaft darf nicht die Work-Life-Balance von Aufstockern finanzieren.“^[34]

Diese Forderung stieß auf vielfältige Kritik. Der SPD-Sozialpolitiker Bernd Ritzel bezeichnete sie als realitätsfremd und rückwärtsgewandt: Wer in Zeiten von Fachkräftemangel auf Zwang statt auf attraktive Arbeitsbedingungen setze, verkenne die Ursachen des Problems und entziehe Beschäftigten ein zentrales Instrument der Selbstbestimmung.^[35] Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann kritisierte: „Die Union hat offenbar keine Ahnung, wie die Lebenswirklichkeit von Frauen aussieht“.^[36] Viele von ihnen gäben jeden Tag alles, um den Spagat zwischen Arbeit und Familie hinzubekommen.

Telefonische Krankschreibung abschaffen

Der Antrag des MIT -Bundesverbandes an den 38. CDU-Bundesparteitag Ende Februar 2026 lautet:

„Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert, die Möglichkeit eine Arbeitsunfähigkeit nach telefonischer Anamnese festzustellen, aufzuheben.“^[37] In der Begründung heißt es u.a.: „Mit durchschnittlich 22,3 Krankheitstagen liegen wir in Deutschland weiterhin auf einem Rekordniveau. Ursachen sind u. a. Nachholeffekte bei Infekten, mehr chronische Erkrankungen, psychische Belastungen sowie die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU), durch die auch Kurzzeit-Erkrankungen statistisch erfasst werden. Großzügige Entgeltfortzahlung, geringe Jobverlustsorgen und Fehlanreize wie die telefonische Krankschreibung gelten zusätzlich als Gründe für die hohe Krankenquote.“

Der Vorsitzende des Hausärzteverbands warnt vor der Abschaffung: "Alle bisherigen Auswertungen der Krankenkassen bestätigen, dass die telefonische Krankschreibung nicht zu einem höheren Missbrauch bei Krankschreibungen führt [...] Wer die telefonische Krankschreibung abschafft, der trägt die Verantwortung dafür, dass sich in Zukunft wieder unzählige Patientinnen und Patienten ohne Not in die Praxen schleppen müssen“. “^[38]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

Die MIT positionierte sich 2020 klar gegen ein strenges deutsches Lieferkettengesetz.^[39] Insbesondere wollte die MIT die Zahl der Unternehmen beschränken, für das Lieferkettengesetz gelten sollte. Auch eine tatsächliche zivilgesellschaftliche Haftung bei Verstößen gegen das Gesetz lehnte die MIT ab. Ohne eine solche Haftung wäre das Gesetz aber wirkungslos, wie u.a. die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte.^[40]

Darüber hinaus resultiere aus dem Gesetz die „Gefahr einer ausufernden Belastung für die durch die Corona-Krise ohnehin schon stark geschwächte Wirtschaft“, so die MIT.^[39] Führende Ökonomen widersprachen dem.^[41] Der Wirtschaftsweiser Achim Truger bemerkte, dass „Eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen“. ^[42] Der ehemalige Vorsitzende und Ehrenvorsitzender der MIT Hans Michelbach forderte gar die ersatzlose Streichung der Pläne für ein deutsches Lieferkettengesetz.^[43]

Einflussnahme:

Die MIT war maßgeblich an einer konzertierten Briefaktion^[44] des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von 28 Wirtschaftsverbänden Ende März 2021 beteiligt, in welcher sie die Bundestagsabgeordneten zu einer Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes aufforderten. Diese Aktion sei *„seitens der MIT im Hintergrund koordiniert“*, wie das MIT dem BMWi in einer Email vom 25. März 2021 mitteilte, die Misereor und dem Global Policy Forum vorliege.^[45] Diese politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit sei laut einem weiteren Bericht von Misereor ^[41] nicht überraschend, wenn man sich die „personellen Überschneidungen“ vergegenwärtigte. So seien beispielsweise die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentskreis Mittelstand Hans Michelbach und Marie-Luise Dött beide Mitglieder des Präsidiums des Handelsverband Deutschland (HDE). Auch der HDE war einer der Unterzeichner des Appells und hatte sich bereits an anderer Stelle gegen ein nationales Lieferkettengesetz positioniert.^[46] Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die *„Regelungen wurden abgeschwächt“*.³ Ein Artikel von LobbControl (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU beim Lieferkettengesetz findet sich [hier](#).

Europäisches Lieferkettengesetz

In ihrem Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“, berichten Misereor, Brot für die Welt und das Global Policy Forum auch beim europäischen Gesetz von einem *„konzertierten Vorgehen von Lobbyverbänden und dem Wirtschaftsflügel [der CDU]“*.^[41] So hatte sich die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) am 11. März 2021 - vor dem Hintergrund des Gesetzesaufschlags des europäischen Parlaments- in einer Email an das damals von Peter Altmaier (CDU) geführte Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) gewendet. Die Aussage lautete: *„Neben den aktuellen Planungen der Bundesregierung zu einem nationalen Lieferkettengesetz gibt es noch besorgniserregendere Planungen des Europaparlaments für eine EU-weite Regelung.“* Weiter hätte die MIT gewarnt: *„Damit würden die bisherigen ‚Erfolge‘ (BMWi) in den Verhandlungen über das deutsche Gesetz über Bord geworfen.“* Diese erwähnten „Erfolge“ seien laut dem Bericht von MISEOR nichts anderes als *„die Verwässerungen des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, welche das BMWi mit der Kabinettsentscheidung am 3. März 2021 durchgesetzt hatte.“* Die MIT appellierte an das BMWi: *„Wir müssen alle Anstrengungen verwenden, Schlimmeres zu verhindern“*. Der Bericht von Misereor zeigt auch, dass der damalige Wirtschaftsminister Altmaier ein offenes Ohr für die Positionen der Vereinigung hatte: Eine Videokonferenz zur Planung entsprechender Maßnahmen war bereits für die folgende Woche terminiert, für *„eine kleine, aber feine und wichtige Runde“*, wie es damals von Altmaier hieß.^[41]

Schattenberichterstatter Axel Voss, MEP

Darüber hinaus hatte die Mittelstands- und Wirtschaftsunion auch in den zuständigen Ausschüssen des europäischen Parlaments Einfluss auf das Gesetz. So saß der EVP-Abgeordnete und zugleich Mitglied der MIT, Axel Voss, als Schattenberichtersteller im zuständigen Justizausschuss. Dieser hatte sich seit Januar 2021 mit 14 verschiedenen Interessenvertretern aus der Wirtschaft (z.B. BDA, DIHK, BPI, BMW) und auch Lobbyagenturen (z.B. B-Connect, welche u.a. die dem Gesetz kritisch gegenüberstehende Chinesische Handelskammer in Deutschland e. V. vertreten^[47]) getroffen. Mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Umweltverbänden gab es mit Voss (Stand November 2022) nur ein einziges Treffen.^[48]

Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"

Im März 2022 forderte die MIT angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine einen "Belastungsstopp für die Wirtschaft" bzw. weitergehend Entlastungen von Unternehmen.^[49] Kurz vorher hatte die MIT "in Zusammenarbeit mit 25 Wirtschaftsverbänden" eine umfangreiche Forderungsliste veröffentlicht. [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher \(DE\)](#) Darin positioniert sich die MIT beispielsweise gegen das europäische Lieferkettengesetz: "Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind betriebspraktisch nicht darstellbar, schon Sorgfaltspflichten über die erste Zuliefererstufe hinaus sind illusorisch."^[50] Anders ist die Sicht von über 100 Unternehmen und Investoren auf das EU-Lieferkettengesetz: Ein wirksames Gesetz inkl. Haftungsregeln werde zu Rechtssicherheit und gleichen Wettbewerbsbedingungen beitragen und sicherstellen, dass für alle der gleiche Standard gelte.^[51]

Rundfunkreform

Mit Beschluss vom 17. März 2021 hat der MIT-Bundesvorstand ein [Reformkonzept](#) zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk verabschiedet. Ziel sei ein Rundfunk, der sich auf den Kern seiner öffentlichen Aufgabe konzentriert. Die Reformvorschläge sehen u.a. vor:

- Das Informations, Bildungs- und Kulturangebot muß gestärkt und verbessert werden, z. B. durch mehr Korrespondenten im In- und Ausland
- Mit Blick auf die Kosten ist für die Übertragung von Sportereignissen darauf zu achten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht zu einem Wettbewerb beiträgt, der den Erwerb der Rechte immer teurer macht
- Das Unterhaltungsangebot sollte sich nicht am Wettbewerb mit privaten Anbietern um die höchsten Einschaltquoten orientieren, sondern am öffentlichen Auftrag des beitragsfinanzierten Rundfunks.
- Angestrebt wird die Zusammenlegung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter einem Dach, d. h. ARD und ZDF sollen fusionieren. Die künftige Sendeanstalt bietet verschiedene nationale Programme (Voll- und Spartenprogramme) und regionale Fenster an
- Es gibt keinerlei Werbung und Sponsoring
- Es gibt einen niedrigeren Rundfunkbeitrag pro Person, juristische Personen sind befreit

An der Ausarbeitung des Reformkonzepts waren [Carsten Linnemann](#) (MIT-Vorsitzender), Stefan Müller (Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion) und der Wettbewerbsökonom [Justus Haucap](#) beteiligt^[52], der an einer Kampagne zur weitgehenden Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mitgewirkt hat.^[53] Aus seiner Sicht ist ein öffentlich finanzierter Rundfunk nicht zwingend notwendig.^[54] Der maßgebliche Vorstandsbeschluss enthält ein grundsätzliches Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Sponsoring

Veranstaltungsformate und Optionen

Laut [Sponsoring-Anfrage](#) können folgende Veranstaltungsformate gesponsert werden:

- Parlamentarischer Abend der MIT/Deutscher Mittelstandspreis
- MIT:FUTURA
- Bundesmittelstandstag
- Sonstige Veranstaltungen

Als Sponsoringoptionen werden genannt:

- Aussteller
- Logosponsoring
- Sachsponsoring

Beispiel: Bundesmittelstandstag

Die Sponsoren des Bundesmittelstandstages 2025 sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(bdew\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e.V.](#)
- [Bundesverband EnergieMittelstand UNITI](#)
- [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Die Familienunternehmer](#)
- [steag igony group](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)

Einnahmen aus Sponsoring

Die Einnahmen aus [Sponsoring](#) sind in den letzten Jahren gestiegen und betrugen 2019 ca. 245 Tsd. Euro.

Mitglieder

Die MIT hat ca. 25.000 Mitglieder, von denen etwa die Hälfte zugleich Mitglied bei CDU oder CSU ist. Das „typische MIT-Mitglied“ ist Unternehmer oder sonstige Führungskraft.^[55]

Bundesmittelstandstag

Das höchste Organ der MIT ist laut Satzung der Bundesmittelstandstag, der aus 450 gewählten stimmberechtigten Delegierten besteht, zu denen auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft [Mittelstands-Union](#) der CSU (MU) gehören. Er nimmt die Geschäftsberichte und Prüfungsberichte entgegen und erteilt Entlastung.

Der Geschäftsbericht mit Tagungsunterlagen für den Bundesmittelstandstag 2025 ist [hier](#) abrufbar.

Bundesvorstand

Zusammensetzung

Der **Bundesvorstand** besteht satzungsgemäß aus den folgenden Mitgliedern:

- a) dem/den Ehrenvorsitzenden
- b) dem Bundesvorsitzenden
- c) den 6 Stellv. Bundesvorsitzenden, von denen einer auf alleinigen Vorschlag der Arge Mittelstands-Union der CSU gewählt wird
- d) einem vom Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU Bundestagsfraktion (PKM) zu benennenden Vertreter
- e) dem Bundesschatzmeister
- f) dem Hauptgeschäftsführer
- g) dem Mitgliederbeauftragten
- h) 35 weiteren Mitgliedern

Mitglieder des Bundesvorstands

Bundesvorsitzende ist [Gitta Connemann](#), MdB (CDU), Rechtsanwältin, Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand (PMK), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand. Ihr Vorgänger war [Carsten Linnemann](#).

Stellv. Vorsitzende sind u.a.

- Matthias Heider, Co-Vorsitzende der Kommission Wirtschaft/Handwerk/Handel/Tourismus, Rechtsanwalt, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA
- Jana Schimke, Co-Vorsitzende der Kommission Arbeit/Soziales, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags, Stv. Vorsitzende CDU Brandenburg, Vorstandsmitglied im Parlamentskreises Mittelstand, ehem. Mitarbeiterin der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Abteilung Arbeitsmarktpolitik)
- Ruth Baumann ^[56]
- Sebastian Brehm, MdB CSU ^[57]
- Christoph Fay ^[58]
- Dorin Müthel-Brennke ^[59]
- Vertreter des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PMK): Christian Frhr. von Stetten, MdB
- Bundesschatzmeister: Michael Littig ^[60]
- Hauptgeschäftsführer: Stefan Lange

Präsidium

Die in der Satzung unter Buchst. a) bis f) genannten Mitglieder des Bundesvorstands sowie 3 weitere Mitglieder, die der Bundesvorstand aus seiner Mitte wählt, bilden das Präsidium.

Auslandsverband Belgien

Vorsitzender der Brüsseler Zweigstelle ist Bastian Biermann, Leiter der Stabsstelle Europa im PKV-Verband.
[61][62]

Finanzen

Die MIT finanziert ihre politische Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und anderen Einnahmen. Für die Annahme von Spenden gelten die gesetzlichen Bestimmungen und §§ 5 - 8 der Finanz- und Beitragsordnung der CDU. 2024 betrugen die Einnahmen ca. 1,3 Mio. Euro, die Ausgaben ca. 1,4 Mio. Euro.^[63]

Einzelnachweise

- ↑ Glückwunsch!, mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
- ↑ Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen, spiegel.de vom 23.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
- ↑ Unsere Mitglieder, mit-bund.de, abgerufen am 13.05.2021
- ↑ Parlamentskreis Mittelstand, cdu.csu.de, abgerufen am 27.01.2026
- ↑ Union distanziert sich von Abgeordneter Ludwig, tagesschau.de vom 04.08.2025, abgerufen am 27.01.2026
- ↑ Parlamentskreis Mittelstand Europe, cdusu.eu, abgerufen am 29.01.2026
- ↑ MIT Belgien wählt Bastian Biermann zum Vorsitzenden, mit-belgien vom 27.05.2024, abgerufen am 29.01.2026
- ↑ Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019, mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
- ↑ CDU will den Begriff „klimaneutral“ neu definieren, handelsblatt.com vom 14.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
- ↑ Verabschiedet sich die CDU von den Klimazielen, sueddeutsche.de vom 20.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
- ↑ Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen, spiegel.de vom 23.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
- ↑ Verabschiedet sich die CDU von den Klimazielen, sueddeutsche.de vom 20.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
- ↑ Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019, mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
- ↑ Einladung zu Tichys Einblick „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“, mit-dd.de vom 20.09.2022
- ↑ Roland Tichy scheitert mit Klage gegen Claudia Roth, zeit.de vom 21.02.2020, abgerufen am 12.10.2022
- ↑ Eklat um Preisvergabe, sueddeutsche.de vom 16.06.2018, abgerufen am 13.10.2022
- ↑ Vorwurf: Zu große Nähe zu Klimaleugnern, focus.de vom 29.07.2022, abgerufen am 11.10.2022
- ↑ Nuklearia, facebook.com , abgerufen am 11.10.2022
- ↑ Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart, kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
- ↑ Klimafaktenleugner, deutschlandfunk.de vom 11.10.2020, abgerufen am 11.10.2022
- ↑ Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte, scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 11.10.2022

22. ↑ [Wie redlich ist Vahrenholts Buch „Die kalte Sonne“?](#), klimafakten.de, abgerufen am 14.10.2022
23. ↑ [Fritz Vahrenholt: Warum die deutsche Energiewende verantwortungslos ist](#), eike-klima-energie.eu], abgerufen am 11.10.2022
24. ↑ [Es gibt keinen Klimanotstand](#), clintel.org, abgerufen am 11.10.2022
25. ↑ [AfD Kreisverband Vulkaneifel](#), facebook.com vom 21.10.2020, abgerufen am 12.10.2022
26. ↑ [Menschen](#). vernunftkraft.de, abgerufen am 14.10.2022
27. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
28. ↑ [Antje Hermenau am AfD-Stammtisch](#), saechsiche.de vom 16.09.2016, abgerufen am 13.10.2022
29. ↑ [Die Sächsische AfD-Landtagsfraktion informierte über die Energiewende](#), afd-nordsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
30. ↑ [AfD-Fraktion vor Ort: Energiewende - Die Wende ins Ende?](#), afd-mittelsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
31. ↑ [Frank Hennig](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 12.10.2022
32. ↑ [Dresdner Politikwissenschaftler](#), focus.de vom 19.01.2019, abgerufen am 11.10.2022
33. ↑ [Politik in Sachsen - Die Morgenlage](#), saechsische.de vom 11.10.2022, abgerufen am 13.10.2022
34. ↑ [Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
35. ↑ [CDU-Flügel fordert Ende von „Lifestyle-Teilzeit“](#), sueddeutsche.de vom 25.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
36. ↑ [CDU-Flügel fordert Ende von „Lifestyle-Teilzeit“](#), sueddeutsche.de vom 25.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
37. ↑ [Telefonische Krankschreibung abschaffen](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
38. ↑ [Hausärzte warnen vor Abschaffung](#), tagesschau.de vom 21.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
39. ↑ ^{39,039,1} [UNVERHÄLTNISMÄßIGES LIEFERKETTENGESETZ VERHINDERN](#) mit-bund.de vom 18.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
40. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
41. ↑ ^{41,041,141,241,3} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S.6, misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
42. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
43. ↑ [CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden](#) reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
44. ↑ [Streit um Lieferkettengesetz eskaliert: Verbände und Unionspolitiker proben den Aufstand](#) handelsblatt.de vom 06.04.2021, abgerufen am 23.11.2022
45. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Miseroeor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
46. ↑ [Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene ausgestalten](#) ehdv.de vom 17.02.2021, abgerufen am 10.11.2022
47. ↑ [Lobbyregister: B-Connect](#) lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.11.2022
48. ↑ [Transparency](#) europa.eu, n.D., abgerufen am 23.11.2022
49. ↑ [Belastungsstopp jetzt: Unternehmen in der Krise nicht weiter belasten](#), mit-bund.de vom 31.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
50. ↑ [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher](#) mit-bund.de vom 10.03.2022, abgerufen am 20.05.2022

51. ↑ [Mehr als 100 Unternehmen und Investoren fordern wirksames EU-Sorgfaltspflichtengesetz](#), business-humanrights.org, Unternehmens-Statment als pdf (engl.), abgerufen am 20.05.2022
52. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer](#), Mittelstandsmagazin 01/21, mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
53. ↑ [Eine Liberale Rundfunkordnung für die Zukunft Gutachten im Auftrag von PROMETHEUS September 2015](#), zwangsbeitrag.info., abgerufen am 21.06.2021
54. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer](#), Mittelstandsmagazin 01/21, mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
55. ↑ [Unsere Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 13.05.2021
56. ↑ [Ruth Baumann](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
57. ↑ [Sebastian Brehm](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
58. ↑ [Chritoph Fay](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
59. ↑ [D. Mützel-Brennke](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
60. ↑ [Michael Littig](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
61. ↑ [Auslandsverbände](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2026
62. ↑ [Rechenschaftsbericht 2025](#), pkv.de, abgerufen am 29.01.2026
63. ↑ [Geschäftsbericht 2023 - 2025, Anlage zum Bericht des Bundesschatzmeisters](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2026

European Parliamentary Financial Services Forum

Das European Parliamentary Financial Services Forum

(EPFSF) ist eine nicht registrierte [Intergroup](#), die sich aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft zusammensetzt. Über das von der Finanzwirtschaft betriebene Forum werden Veranstaltungen unter der Schirmherrschaft von EU-Parlamentariern organisiert, auf denen Lobbyisten die Gelegenheit erhalten, Mitgliedern des Parlaments und der EU-Kommission ihre Sicht der Finanzmarktregulierung darzulegen.

European Parliamentary Financial Services Forum



Rechtsform Association sans but lucratif (asbl)
Tätigkeitsbereich Wirtschaft und Finanzen, Europäischer Binnenmarkt
Gründungsdatum 2000
Hauptsitz Schuman Rond Point 2, 1040 Brüssel
Lobbybüro
Lobbybüro
EU
Webadresse www.epfsf.org
e

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	28
2 Akteure	28
2.1 Finanzindustrie („Financial Industry Members“)	28

2.2 Mitglieder des Europäischen Parlaments ("Steering Committee")	29
3 Beobachter ("Observer")	29
4 Finanzen	29
5 Beschäftigte	29
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	29
7 Einzelnachweise	29

Aktivitäten

Die von der europäischen Finanzwirtschaft unter Einschaltung des Lobbyisten John Houston^{[1][2]} gegründete und finanzierte Organisation ist eine Plattform für den Meinungsaustausch zwischen Angehörigen europäischer Institutionen und Vertretern der Finanzwirtschaft. Gegen die Zahlung eines Jahresmitgliedsbeitrags in Höhe von 8.000 Euro oder eines Beitrags von 200 Euro pro Veranstaltung erhalten die Vertreter der Wirtschaft im Rahmen eineinhalbstündiger Veranstaltungen Zugang zu EU-Parlamentariern, die mit finanzwirtschaftlichen Themen befasst sind.

Bei den Veranstaltungen, die in den Räumen des Europäischen Parlaments stattfinden, handelt es sich um "lunch events", "breakfast events", Fortbildungen für die Assistenten von EU-Parlamentariern und Sonderveranstaltungen. Teilnehmer sind neben EU-Parlamentariern auch Gastredner der Finanzwirtschaft und Vertreter der EU-Kommission. Dies verschafft den Lobbyisten der Mitgliedsunternehmen und -verbände privilegierte Informations- und Einflussmöglichkeiten im Hinblick auf die Regulierung der Finanzmärkte. Auch erhält ihre Tätigkeit über die Einbindung von EU-Abgeordneten einen offiziellen Anstrich. Ein Beispiel für eine Veranstaltung ist die Virtual Winter Conference 2021 „Shaping the Future Europe“ mit folgenden Rednern: Mairead McGuinness, European Commissioner for Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union, Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Steuerungsgruppe des EPFSF, Joao Nuno Mendez, Secretary of State of Finance, Portuguese Presidency.^[3]

Akteure

Die Rechte und Pflichten der Akteure sind in der [Satzung](#) festgelegt.

Finanzindustrie („Financial Industry Members“)

Bei den [Mitgliedern](#) handelt es sich um Unternehmen und Verbände der europäischen Finanzwirtschaft sowie [Deloitte](#) und [PricewaterhouseCoopers](#). Sie entrichten einen Jahresbeitrag von 8.000 Euro (2021). Vorsitzender ist Wim Mijs, European Banking Federation (EBF), Stellv. Vorsitzender ist Rainer Riess, Federation of European Securities Exchanges (FESE).^[4] Die Mitglieder wählen das "Financial Industry Committee", das Vorschläge für das Veranstaltungsprogramm macht, Referenten einlädt, Entwürfe für die „Briefing Papers“ erarbeitet und die Höhe der Mitgliedsbeiträge festlegt.^[5] Weiterhin wählen sie das „Administrative Committee“, das sich um die Verwaltung kümmert.

Mitglieder des Europäischen Parlaments ("Steering Committee")

Die sich beteiligenden 20 Mitglieder des Europäischen Parlaments wählten die 14 [Mitglieder](#) der Steuerungsgruppe („Steering Committee“) für den Zeitraum 2019 - 2024. Die Steuerung bezieht sich auf die Rolle des Forums und das Veranstaltungsprogramm. Vorsitzender ist Othmar Karas (Österreich/EPP). Deutsche Mitglieder sind: Stefan Berger (CDU/EPP), [Markus Ferber](#) (CSU/EPP) und [Andreas Schwab](#) (CDU/EPP).

Beobachter ("Observer")

Nach eigenen Angaben soll die Einladung von fünf Verbraucherschutzorganisationen eine transparente und ausgewogene Diskussion ermöglichen. Eingeladen werden: The European Consumers' Organisation (BEUC), The European Federation of Financial Services Users (Better Finance), Finance Watch, Financial Services User Group (FSUG) The European Association for Craft, Small and Medium-sized Enterprises (UEAPME).

Finanzen

Das Gesamtbudget des EPFSF betrug für das Geschäftsjahr 2019 ca. 194 Tsd. Euro. Der ganz überwiegende Teil wurde durch Mitgliedsbeiträge à 8.000 pro Person finanziert. Darüber hinaus wurden 2.000 Euro über Zinsen und 800 Euro über Teilnahmegebühren von Nicht-Mitgliedern erwirtschaftet.^[6]

Beschäftigte

2023 beschäftigte das Forum 4 Personen (3,5 Vollzeitäquivalent).^[7]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Lobbying under the radar](#) Corporate Europe Observatory, 24. Mai 2011, zuletzt abgerufen am 15.7.2016
2. ↑ [Speaker Biographies, The 10th Annual European Financial Services Conference](#), Webseite abgerufen am 05. 01. 2014
3. ↑ [Past events](#), epfsf.org, abgerufen am 13.04.2021
4. ↑ [Frequently Asked Questions](#), epfsf.org, abgerufen am 08.04.2021
5. ↑ [Financial Industry Members](#), epfsf.org, abgerufen vom 12.04.2021
6. ↑ [EU Transparenzregister](#), abgerufen am 13.04.2021
7. ↑ [EU Transparenzregister](#), abgerufen am 03.02.2023

Kangaroo Group

Die **Kangaroo Group** ist ein Zusammenschluss zur Förderung der Europäischen Einheit über konkrete gemeinsame Projekte.^[1] Beteiligt sind Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter von Unternehmen und Verbänden sowie diesen nahestehende Wissenschaftler und Experten. Im EU Transparenzregister ist sie als Denkfabrik registriert. Mit der Gründung der Kangaroo Group wurde ein Rahmen geschaffen, in dem sich Lobbyisten zwanglos mit EU-Politikern und EU-Beamten treffen und ihre Anliegen vortragen können. Bis zum Januar 2012 hatte die Kangaroo Group ihr offizielles Büro in Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel. Erst auf Druck von CEO bezog die Intergroup ein neues Büro in unmittelbarer Nähe des Parlaments.^[2]

Nach Recherchen des lobbykritischen Netzwerks *Corporate Europe Observatory (CEO)* benutzt die Rüstungsindustrie die Kangaroo Group als einen ihrer Kanäle, um über ihre Arbeitsgruppe "Space, Defence & Security" die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu beeinflussen.^[3]

Das Mitglied **Werner Langen** setzte sich im Europäischen Parlament jahrelang für die Interessen der Unternehmen und Verbände ein, die Mitglied in der Gruppe sind. Das Vorstandsmitglied **Rainer Wieland** ist Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

Kangaroo Group	
Rechtsform	Non-Profit-Organisation nach belgischem Recht
Tätigkeitsbereich	Plattform für Debatten und Projekte auf EU-Ebene
Gründungsdatum	1979
Hauptsitz	Brüssel, Rue Wiertz 11
Lobbybüro	Brüssel, Rue Wiertz 11
Webadresse	www.kangaroogroup.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	30
2 Budget/Lobbyist:innen	31
3 Fallstudien und Kritik	31
3.1 Rüstungslobby und das Europäische Parlament	31
4 Organisationsstruktur und Personal	32
4.1 Geschäftsführung	32
4.2 Vorstand (Board)	32
4.3 Mitglieder	32
5 Einzelnachweise	32

Aktivitäten

Zur Kontaktpflege zwischen EU-Parlamentariern, Mitarbeitern der EU-Kommission und Aufsichtsbehörden sowie Vertretern der Wirtschaft werden Brussel Debates und Strasbourg Lunches organisiert. Lobbyarbeit kann auch in den folgenden Arbeitsgruppen betrieben werden: Financial Services, Health sowie Space, Security & Defence betrieben werden.

Ein Beispiel für eine Tagung der Arbeitsgruppe "Financial Services" ist die Tagung vom 7. Juni 2023 zum Thema "Supporting medium-sized smaller banks in the EU – the EC's new CMDI regime" mit Statements von [4]

- [Markus Ferber](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP) und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)
- Marie Donnay, Leiterin der Abteilung „Resolution and deposit insurance“ bei der Generaldirektion FISMA der EU-Kommission
- Edouard Fernandez-Bollo, Mitglied des EZB-Rats, dem obersten Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank
- Daniel Quinten, Vorstandsmitglied [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR)
- Karolin Schriever, Vorstandsmitglied [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV)
- Barbara Sillac, Head of Prudential Affairs des Französischen Bankenverbands (FBF)

Weiterhin werden Publikationen herausgegeben.

Budget/Lobbyist:innen

Im EU Transparenzregister gibt die Kangaroo Group an, für das Jahr 2022 (Stand: 07/03/2023)

- 230 Tsd. Euro für Lobbyarbeit auszugeben und'
- zwei Lobbyist:innen zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#))

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Fallstudien und Kritik

Rüstungslobby und das Europäische Parlament

Corporate European Observatory (CEO) berichtete allgemein von einer verstärkten Einflussnahme von Waffenproduzenten auf die EU. Auch wenn sich die Lobbyarbeit von Rüstungskonzernen auf die Europäischen Kommission konzentriert, ist der Einfluss auf das Europäische Parlament nicht zu unterschätzen. Die Kangaroo Group hat sich hier zu einem Angelpunkt für Lobbyarbeit entwickelt. Mit dem Argument, die Militärausgaben der einzelnen EU-Staaten senken zu wollen, wird das Thema der

Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik von der Kangaroo Group angegangen. Das von der Kangaroo Group organisierte Forum *Space, Defence & Security* schafft für die Industrie den Rahmen, den Parlamentariern ihre Interessen zu vermitteln. Neben rüstungsspezifischen und technischen Angelegenheiten, werden auch aktuelle politische Themen wie *The current state in Somalia* oder *Libya: Responsibility to Protect* in den Sitzungen besprochen.^{[5][6]} Laut CEO hat die Kangaroo Group auf den Treffen stets die Militarisierung der EU befürwortet.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Präsident ist der EU-Parlamentarier Michael Gahler (CDU/EVP), Vizepräsident der Europäischen Union Deutschland und der Paneuropa-Union Deutschland, Vorsitzender der EP - Taiwan Freundschaftsgruppe, Beiratsmitglied der Europe Asia Foundation Limited und Mitglied der Intergroup [Sky and Space](#)^{[7][8]}

Generalsekretärin ist Josepha von Wolff Metternich

Vorstand (Board)

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Sie kommen aus den Bereichen Europäisches Parlament (Herbert Dorfmann und [Rainer Wieland](#)), Andere Institutionen, Akademiker und Experten (z. B. Alexander Radwan, MdB, CDU) sowie Industrie, Dienstleistungen und Handel (z.B. Georg Huber, [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#))

Mitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Sie werden in die folgenden Kategorien unterteilt: Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitglieder anderer Institutionen, Akademiker und Experten sowie Mitglieder aus den Bereichen Industrie, Dienstleistungen und Handel.

Zu den Mitgliedern gehören der EU-Parlamentarier [Markus Ferber](#) (CSU/EVP) sowie eine Vielzahl von Unternehmen/Verbänden sowie deren Repräsentanten wie [Allianz](#), [CEFIC](#), Tobacco Europe, [Handelsverband Deutschland \(HDE\)](#), [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken \(BVR\)](#), [Deutscher Sparkassen- und Giroverband \(DSGV\)](#) und ExxonMobil.

Einzelnachweise

1. ↑ [Welcome to the Kangaroo Group](#), kangaroogroup.de, abgerufen am 06.06.2023
2. ↑ [Kangaroo-Group's base in Parliament challenged](#), www.corporateeurope.org vom 21.09.2011, abgerufen am 07.11.2012
3. ↑ [Schreiben von CEO an die Kommission vom 21. September 2011](#), Webseite corporateeurope, abgerufen am 21.09.2014
4. ↑ [Next Events 2023](#), kangaroogroup.de, abgerufen am 07.06.2023
5. ↑ [CURRENT STATE IN SOMALIA](#) www.Kangaroogroup.org, vom 29.02.2012, abgerufen am 16.02.2012.
6. ↑ ^{6,06,1} [Lobbying Warfare, the arms industry role in building a military Europe, 21.09.2011](#), abgerufen am 10.12.2012

7. ↑ [Profil](#), europa.europa.eu, abgerufen am 06.06.2023
8. ↑ [Intergroup on Sky and Space](#), europa.europa.eu, abgerufen am 06.06.2023

Deutsche Vermögensberatung

Die **Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG)** war 2021 mit ca. 2,2 Mrd. Euro Umsatz und rd. 18.5000 Vermögensberatern der größte eigenständige Finanzberater Deutschlands. Vorstandsvorsitzender sowie Geschäftsführer und Gesellschafter der Deutschen Vermögensberatung Holding GmbH ist Andreas Pohl, Sohn des Firmengründers Reinfried Pohl. [LobbyControl](#) [nominierte](#) die DVAG für die Lobbykratie Medaille 2011 wegen ihrer Beteiligung an der Initiative „Handelsblatt macht Schule“ und ihrem damit einhergehenden Engagement in Schulen mit einseitigen Unterrichtsmaterialien und persönlichen Vorträgen. Sie gewann mit 21% der Stimmen den zweiten Platz.

Deutsche Vermögensberatung AG

Branche	Finanzdienstleister
Hauptsitz	60329 Frankfurt am Main, Münchener Straße 1
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.dvag.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	33
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	34
2.1 Politisches Netzwerk	34
2.2 Persönliche Übergabe einer Großspende an den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz	35
2.3 Einsatz gegen die Deckelung von Provisionen bei Lebensversicherungen	35
2.4 Parteispenden der DVAG	35
3 Fallbeispiele und Kritik	36
3.1 PR-Texte an Schulen	36
4 Personal & Organisation	36
4.1 Geschäftsleitung	36
4.2 Ehemalige Mitglieder der Leitungsgremien	37
5 Weiterführende Informationen	37
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
7 Einzelnachweise	37

Geschäftsfelder

Die Mitarbeiter der DVAG verkaufen Lebensversicherungen, Riester-Renten und Bausparverträge auf Provisionsbasis. Die Kunden werden bei Hausbesuchen zu den einzelnen Produkten beraten. Aufgrund dieser Vorgehensweise wurde das Unternehmen von Kritikern bereits 1995 als „*größte Drückerkolonie Deutschlands*“ bezeichnet.^[1]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Politisches Netzwerk

Die DVAG verfügt über ein enges Netzwerk, vor allem in die Union hinein. Sie hat hochrangige ehemalige Unionspolitiker als Lobbyisten engagiert, so 1998 nach der Abwahl der Regierung Kohl den Kanzleramtsminister **Friedrich Bohl**. Als dieser 2009 Aufsichtsratsvorsitzender wurde, übernahm der ehemalige hessische Kultusminister Udo Corts (ebenfalls CDU) den Lobbybereich (offizieller Titel: Unternehmenskommunikation, Unternehmenskoordination und Recht).^[2]

Beiratsvorsitzender war Altkanzler Helmut Kohl, ein Freund von Unternehmensgründer Reinfried Pohl. Im Beirat vertreten sind u.a.:

- **Theo Waigel** (CSU), Bundesfinanzminister a.D. als Ehrenvorsitzender
- Udo Corts, ehem. Vorstandsmitglied der DAVG mit Zuständigkeit für Lobbyaktivitäten, ehem. CDU-Politiker
- **Petra Roth** (CDU), ehem. Oberbürgermeisterin von Frankfurt
- **Markus Ferber** Ferber (CSU), Mitglied des Europäischen Parlaments
- **Brigitte Zypries** (SPD), ehem. Bundeswirtschaftsministerin
- **Hermann Otto Solms** (FDP), Mitglied des Deutschen Bundestags, ehemalige Schatzmeister der FDP
- **Wolfgang Schüssel**, ehemaliger österreichischer Bundeskanzler
- **Karl Starzacher** (SPD), Rechtsanwalt, ehemaliger hessischer Finanzminister
- Frank Bsirske (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Deutschen Bundestags, Gewerkschaft ver.di, ehem. Vorsitzender

Stand: 03/2023 Quelle: ^[3]

Ehemalige Mitglieder.

- (bis 11/2021) Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung

Peter Tauber (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verteidigung bis 5/2021 ^[4] und ehem. Generalsekretär der CDU, ist freiberufliche Berater der DVAG ^[5] und lobbyiert für den [Deutschen Unternehmensverband Vermögensberatung](#).

Das Vorstandsmitglied mit Zuständigkeit "Markt und Regulierung" sowie "Verbände" ist **Helge Lach**, der auch Mitglied im [Wirtschaftsforum der SPD](#) und im [Wirtschaftsrat der CDU](#) ist.^[6] Lach ist weiterhin Vorsitzender des Vorstands des [Bundesverbands Deutscher Vermögensberater](#) und Vorsitzender des [Deutschen Unternehmensverbands Vermögensberatung](#)

Persönliche Übergabe einer Großspende an den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz

Nach Informationen von [abgeordnetenwatch.de](#) und Spiegel hat die DVAG am 14. März 2023 eine Spende in Höhe von 100 Tsd. Euro an Friedrich Merz in seiner Funktion als CDU-Parteivorsitzenden übergeben.^[7] Dabei sei es zu einem Treffen im Konrad-Adenauer-Haus zwischen Merz und dem DVAG-Vorstandsmitglied Helge Lach gekommen. Das Treffen habe dem allgemeinen politischen Austausch über die anstehenden Herausforderungen gedient. U.a. sei es um den Sachstand zum Thema Provisionsverbot gegangen, das von Verbraucherschutzorganisationen gefordert und von der Versicherungsbranche und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgelehnt wird. Nach § 25 Parteiengesetz können Spenden bis zu einem Betrag von 1.000 Euro mittels Bargeld erfolgen.

Einsatz gegen die Deckelung von Provisionen bei Lebensversicherungen

2019 schlug das Bundesfinanzministerium (BMF) in einem [Referentenentwurf](#) eine Gesetzesverschärfung vor, die weniger Provisionen für Makler von Lebens- und Restschuldversicherungen vorsah. Der Bundesverband Deutscher Vermögensberater (BDV), dessen Vorsitzender Helge Lach auch Vorstand der DVAG ist, sprach sich gegen einen solchen Provisionsdeckel aus und wies in seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf auf den "geschlossene[n] Widerstand der Finanzpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion" hin. Die Stellungnahme des BDV wurde unterzeichnet vom damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der DVAG Friedrich Bohl und vom DVAG-Vorstandsmitglied Helge Lach. Das Vorhaben wurde lt. BMF auf Eis gelegt, da es im Bundestag nicht durchsetzbar war. Am 12.2.2021 meldete das BMF, dass es "eine Gesetzesinitiative für eine Deckelung überhöhter Abschlussprovisionen in der Restschuldversicherung im Wege einer "Formulierungshilfe" in das Bundeskabinett einbringen" wolle.^[8] Dieser Vorschlag basiert auf dem Entwurf von 2019. Um überhaupt eine Einigung zu ermöglichen, hat man die Deckelung der Provisionen beim Abschluss von Lebensversicherungen zurückgestellt.

Nachdem sich auch weitere Lobbygruppen eingeschaltet hatten, plante die Ampelkoalition letztlich doch keine Stärkung der Honorarberatung, obwohl die Niederlande, die nordischen Länder und Großbritannien bereits gute Erfahrungen mit dem Ersatz der provisionsbasierten Beratung durch eine unabhängige Honorarberatung gemacht haben.^{[9][10]}

Parteispenden der DVAG

Das Firmengeflecht der DVAG ist einer der größten Parteispender Deutschlands. Dabei treten neben der Deutschen Vermögensberatung AG auch die Deutsche Vermögensberatung Holding GmbH, die Allfinanz Deutsche Vermögensberatung AG, die UBG Unternehmensberatung & Betreuung GmbH, der von der DVAG maßgeblich gesteuerte Bundesverband Deutscher Vermögensberater e.V. und der (2014 verstorbene) DVAG-Firmengründer Reinfried Pohl als Spender auf. Insgesamt spendete das DVAG-Geflecht seit dem Jahr 2000 9.678.264,65 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne.

Geldgeber	CDU	CSU	FDP	SPD	Grüne	Gesamt
Deutsche Vermögensberatung AG DVAG	4.019.089,7	363.951	1.774.621,95	493.501	376.001	7.027.164,65
Deutsche Vermögensberatung Holding GmbH	140.000	0	90.000	0	0	230.000

Geldgeber	CDU	CSU	FDP	SPD	Grüne	Gesamt
Allfinanz Deutsche Vermögensberatung AG	975.000	0	460.000	75.000	0	1.510.000
UBG Unternehmensberatung & Betreuung GmbH	345.000	0	155.000	0	0	500.000
Bundesverband Deutscher Vermögensberater e.V.	336.100	0	75.000	0	0	411.100
Der Vermögensberater Verlags- und Servicegesellschaft mbH	30.000	0	30.000	0	0	60.000
Pohl, Reinfried, Prof. h.c. Dr.	335.000	0	135.000	0	0	470.000
Summe	6.180.189,7	363.951	2.719.621,95	568.501	376.001	10.208.264,65

Die DVAG stückelt ihre Großspenden stets in mehrere Teilzahlungen und umgeht so Offenlegungsvorschriften des Parteiengesetzes. Spenden, die im Einzelfall 50.000 Euro übersteigen, müssen zeitnah veröffentlicht werden. Durch die Aufteilung in kleinere Summen wird die Bekanntgabe verzögert und erfolgt erst durch die Rechenschaftsberichte der Parteien rund zwei Jahre nach dem Spendenfluss. So wurde beispielsweise erst 2015 bekannt, dass die DVAG im Wahljahr 2013 an die Union 493.000 Euro gespendet hatte. Seit 2011 wurde keine einzige Großspende der DVAG zeitnah veröffentlicht, obwohl sie in diesem Zeitraum über 3,2 Millionen Euro spendete, davon über 2 Millionen Euro an die CDU. Eine öffentliche Diskussion über die Spenden und ggf. in zeitlichem Zusammenhang mit ihnen stehende politische Entscheidungen wird durch diese Stückelungspraxis weitestgehend vermieden.

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Fallbeispiele und Kritik

PR-Texte an Schulen

Im November 2011 [nominierte LobbyControl](#) die DVAG für ihr Engagement im schulischen Bereich für die Lobbykratie-Medaille. Die DVAG gewann mit 21% der Stimmen den zweiten Platz.

Personal & Organisation

Die personelle Besetzung der Leitungsgremien ist auf der [Website der DVAG](#) abrufbar.

Geschäftsleitung

Mitglieder sind u.a.

- **Andreas Pohl**, Vorsitzender des Vorstands, Geschäftsführer und Gesellschafter der Deutschen Vermögensberatung Holding GmbH
- Helge Lach (Zuständigkeit: Markt und Regulierung, Verbände, Zentrum für Vermögensberatung), Geschäftsführender Direktor des Deutschen Instituts für Vermögensbildung und Alterssicherung (DIVA)

Ehemalige Mitglieder der Leitungsgremien

Ehemalige Vorstandsmitglieder: [Theo Waigel](#), CSU, Bundesminister a.D., [Horst Teltschik](#), CDU, Ministerialdirektor a.D., [Bernhard Vogel](#), CDU, Ministerpräsident a.D., [Theo Zwanziger](#), Präsident a.D. des Deutschen Fußball-Bunds (DFB)

Ehemaliger Vorsitzender des Beirats: [Helmut Kohl](#), CDU, Bundeskanzler a.D.

Weiterführende Informationen

- [Drei gute Gründe, der DVAG den Rücken zu kehren](#), Finanzwende 29.11.2023

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Steinreicher Scharlatan](#) DER SPIEGEL 23/1995, letzter Zugriff 26.10.2011
2. ↑ [Wechsel in Aufsichtsrat und Vorstand der Deutschen Vermögensberatung AG](#), DVAG-Pressemappe, abgerufen am 2.5.2012
3. ↑ [Beirat](#), dvag.de, abgerufen am 24.03.2023
4. ↑ [Dt. Bundestag, Archiv](#), abgerufen am 21.1.2022
5. ↑ [Bekanntmachung im Bundesanzeiger BAnz AT 12.01.2022 B1](#), abgerufen am 21.1.2022
6. ↑ [Geschäftsleitung](#), dvag.de, abgerufen am 24.03.2023
7. ↑ [Ominöse Spendenübergabe an CDU-Chef Friedrich Merz](#), abgeordnetenwatch.de vom 24.03.2023, abgerufen am 24.03.2023
8. ↑ [BMF- Entwurf eines gesetzlichen Provisionsdeckels in der Restschuldversicherung](#), bundesfinanzministerium.de , abgerufen am 04.12.2021
9. ↑ [Der Koalitionsvertrag ist auch ein Erfolg für die Bankenlobby](#), sueddeutsche.de vom 26.11.2021, abgerufen am 12.12.2021
10. ↑ [Die Mär vom Negativbeispiel beim Provisionsverbot](#), wiwo.de vom 23.11.2021, abgerufen am 12.12.2021

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der 1948 gegründete **Wirtschaftsbeirat Bayern**, auch **Wirtschaftsbeirat der Union** genannt, ist der einflussreiche Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Zwischen dem Wirtschaftsbeirat und der CSU gibt es enge Verflechtungen, die für intransparente Lobbyaktivitäten

Wirtschaftsbeirat Bayern

Rechtsfo eingetragenener Verein
rm

Tätigkeit Interessenverband bayerischer
sbereich Unternehmen, die der CSU nahe

genutzt werden können. Mehrere Präsidiumsmitglieder des Wirtschaftsbeirats sind gleichzeitig Mitglieder des Präsidiums der CSU. Auch die Präsidentin [Angelika Niebler](#) gehört dem CSU-Präsidium an. (Stand: März 2022). Laut [EU Transparenz-Register](#) verfügte der Wirtschaftsbeirat im Jahr 2020 über ein Budget von ca. 906 Tsd. Euro, das im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge und Sponsoring finanziert wurde.

Wirtschaftsbeirat Bayern

stehen

Gründun 1948

gsdatum

Hauptsit München

z

Lobbybü Forum Berlin

ro

Lobbybü Forum Brüssel

ro EU

Webadre wbu.de

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Präsidium als Netzwerk	38
1.1 Präsident:innen	38
1.2 Schatzmeisterin	39
1.3 Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)	39
1.4 Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen	39
1.5 Bayerische Staatsminister:innen a.D.	39
1.6 Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen	39
2 Lobbystrategien und Einfluss	39
3 Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Unterausschuss	40
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	40
4.1 Generalsekretär	40
4.2 Präsidium	40
4.3 Foren Berlin und Brüssel	40
5 Weiterführende Informationen	41
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
7 Einzelnachweise	41

Präsidium als Netzwerk

Dem [Präsidium](#) des Wirtschaftsbeirats gehören aktuelle und ehemalige CSU-Politiker, Repräsentanten von Unternehmen und Verbänden, Staatsminister a.D. sowie wirtschaftsnahe Wissenschaftler an.

Präsident:innen

- [Angelika Niebler](#), (Präsidentin), Leiterin Forum Brüssel), Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Mitglied des CSU-Präsidiums, Stellv. Parteivorsitzende der CSU und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Über Frau Niebler nimmt die Lobbyorganisation regelmäßig an den Sitzungen des CSU-Präsidiums teil
- Hans Hammer (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Hammer AG und Schatzmeister der CSU München
- Reimund Gotzel (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG

Schatzmeisterin

- Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des Deutschen Aktieninstitut

Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)

Im Präsidium des Wirtschaftsbeirats sind - neben Frau Niebler - die folgenden weiteren Mitglieder des CSU-Präsidiums aktiv: Ilse Aigner (Präsidentin des Bayerischen Landtags), Joachim Herrmann (Mitglied des Bayerischen Landtags, Bayerischer Staatsminister des Innern) und Manfred Weber (Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Stellv. Parteivorsitzender der CSU).

Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen

Hierzu gehören u.a.:

- Ilka Hostmeier, BMW AG
- Roland Berger, Roland Berger Strategy Consultants GmbH
- Bertram Brossardt, [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Astrid Hamker, [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Michael Jäger, [Bund der Steuerzahler](#) Bayern, [Europäischer Wirtschaftssenat](#)
- Klemens Joos, Lobbyagentur EUTOP
- Sigmund Gottlieb, [Kekst CNC](#)
- Peter Kössler, AUDI
- Christian Pols, [Airbus](#) Defence Space GmbH
- Thomas Schmid, Bayerischer Bauindustrieverband

Bayerische Staatsminister:innen a.D.

- Reinhold Bocklet
- Erwin Huber
- Ursula Männle
- Alfred Sauter
- Hans Spitzner

Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen

- Hans-Werner Sinn, Präsident a.D. ifo Institut
- [Clemens Fuest](#), Präsident ifo Institut

Lobbystrategien und Einfluss

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist ein Netzwerk CSU-naher Unternehmen, die für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen in Land, Bund und EU eintreten. Die Vereinigung vertritt die Interessen von rund 1.900 Mitgliedern (Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Vertreter der Freien Berufe sowie international tätige Großunternehmen und mittelständische Betriebe aus Bayern).

An den Veranstaltungen^[1] sowie den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise^[2] beteiligen sich neben Vertretern der Wirtschaft oft auch führende Vertreter der bayerischen Landesregierung, CSU-Minister und CSU-Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordnete. Regelmäßige Treffen gibt es auch mit Vertretern der Bundesregierung und der EU-Kommission. Die bayerische Wirtschaft erhält so die Gelegenheit, bei politischen Entscheidungsträgern für ihre Vorstellungen wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen zu werben.

Präsidentin und Ansprechpartnerin in Brüssel ist die Europaabgeordnete [Angelika Niebler](#) (CSU), Rechtsanwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher, und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Im Jahresbericht 2018 des Generalsekretärs des Wirtschaftsbeirats wird zu den Aktivitäten in Brüssel ausgeführt: "Für Sie als Mitglieder des Wirtschaftsbeirats kommt es darauf an, dass wir Ihre Anliegen auch in Berlin und in Brüssel direkt einspeisen. Dem dient zum einen das Dialogprogramm in Brüssel...Die Vorsitzende der CSU Europagruppe Frau Prof. Dr. [Angelika Niebler](#), MdEP, nahm sich dafür ebenso Zeit wie [Markus Ferber](#) und EU-Kommissar [Günther Oettinger](#) u. a... Mit Frau Prof. Niebler und [Markus Ferber](#) ist der Wirtschaftsbeirat in Brüssel und Straßburg bestens präsent".^[3]

Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss

Vorsitzender im [Ausschuss für Umweltpolitik](#) ist Dr. Peter von Zumbusch, Vorsitzender der Initiative [ChemDelta Bavaria](#) und Standortleiter der Wacker Chemie AG in Burghausen. Dessen Vorgänger als Vorsitzender des Ausschusses für Umweltpolitik war Bernhard Langhammer, Pressesprecher der Initiative [ChemDelta Bavaria](#). Bei einer Online-Veranstaltung des Ausschusses vom 10.03.2021 zum Thema „Unerwünschte Wahrheiten - Klima- und Energiepolitik auf dem Prüfstand“ trat als einziger Referent [Fritz Vahrenholt](#) auf, dessen Thesen schon seit Jahren als widerlegt gelten und von Wissenschaftlern als „kompletter Unsinn“ bezeichnet werden.^{[4][5]} Moderiert wurde die Veranstaltung von Bernhard Langhammer.^[6]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Generalsekretär

Generalsekretär ist Johannes Schachtner, Ministerialdirigent a.D. (ehem. Leiter der Abteilung Internationalisierung, Industrie und Stv. Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie) und Kuratoriumsmitglied des Ifo Instituts^[7]

Präsidium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsidentin ist [Angelika Niebler](#) (CSU/MdEP), Mitglied des Präsidiums der CSU.

Foren Berlin und Brüssel

Ansprechpartner der Foren Berlin und Brüssel sind^[8]:

Alexander Radwan (Forum Berlin), MdB (CSU), Anwalt bei [Waigel Rechtsanwälte](#)

[Angelika Niebler](#) (Forum Brüssel), MdEP (EVP/CSU), Präsidentin des Wirtschaftsbeirats, Anwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Veranstaltungen](#), wbu.de, abgerufen am 08.07.2019
2. ↑ [Generalversammlung 2015 Jahresbericht des Generalsekretärs](#), wbu.de, abgerufen am 11.03.2017
3. ↑ [Jahresbericht 2018](#), wbu.de, abgerufen am 17.03.2021
4. ↑ [Und sie erwärmt sich doch, Studie des Umweltbundesamtes vom April 2013, S. 110 ff.](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 17.03.2021
5. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Deutschen Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 17.03.2021
6. ↑ [Veranstaltungsrückblick](#) www.wbu.de, Abgerufen am 11.08.2021
7. ↑ [Impressum](#), wbu.de, abgerufen am 02.09.2024
8. ↑ [Foren](#), wbu.de, abgerufen am 02.09.2024

Deutsche Vermögensberatung AG DVAG

Weiterleitung nach:

- [Deutsche Vermögensberatung](#)

European Logistics Platform

Die **European Logistics Platform** (ELP) ist eine [Intergroup](#), die nicht beim [EU-Parlament](#) registriert ist.

European Logistics Platform

Rechtsform	nicht rechtsfähiger Verein (Association de fait)
Tätigkeitsbereich	Intergroup der Logistik-Branche
Gründungsdatum	2013
Hauptsitz	Rue du Commerce 77, Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro	

European Logistics Platform

EU

Webadresse www.european-logistics-platform

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	42
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	42
2.1 Steuerungsgruppe ("Steering Committee")	42
2.2 Sekretariat	42
2.3 Beirat	43
2.4 Mitglieder	43
3 Weiterführende Informationen	44
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	44
5 Einzelnachweise	44

Kurzdarstellung

Die 2013 gegründete ELP ist im [EU-Transparenzregister](#) eingetragen, jedoch nicht beim [EU-Parlament](#) registriert.

Mitglieder sind Unternehmen und Verbände aus der Logistikbranche und Abgeordnete des EU-Parlaments. Laut ihrer Webseite besteht ihr Zweck darin, politische EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen der Industrie zusammen zu bringen. Die ELP verschafft LobbyistInnen die Möglichkeit, EU-Parlamentariern und Vertretern der EU-Kommission in den Räumen des Europäischen Parlaments ihre Sichtweise zu den Rahmenbedingungen der europäischen Logistikindustrie darzulegen. Bei den Veranstaltungen tritt jeweils ein Abgeordneter als Gastgeber ("host") auf.

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Steuerungsgruppe ("Steering Committee")

Mitglieder der Steuerungsgruppe sind^[1]:

- [Alexander Kirschall](#) (Vorsitzender), Leiter der EU-Repräsentanz in Brüssel der [Deutschen Post DHL](#)
- Nicolette Van der Jagt (Stellv. Vorsitzende), Generaldirektorin des europäischen Speditionsverbands [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT)
- Julian Böcker (Schatzmeister), Pressesprecher Duisburger Hafen AG

Sekretariat

Das Sekretariat der ELP ist beim europäischen Speditionsverband [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT) angesiedelt, der sich um die Logistik kümmert.

Beirat

Deutsche Mitglieder des Beirats ("Advisory Board") sind^[2]:

- Axel Voss (CDU/EVP), Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
- Dieter-Lebrecht Koch (CDU/EVP)
 - Mitglied der Intergroup on [Climate Change, Biodiversity & Sustainable Development](#)
 - Mitglied des Vorstands des [European Transport Safety Council](#) (ETSC)
- Michael Cramer (Bündnis 90/Die Grünen/Freie Europäische Allianz), Mitglied des Vorstands des [European Transport Safety Council](#) (ETSC)
- [Markus Ferber](#) (CSU/EVP)
 - Stellv. Vorsitzender der [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
 - Mitglied von [Transatlantic Policy Network](#) und [Sky and Space](#)
 - Mitglied des Beirats der [K & S Consultants](#) AG und des Sparkassenverbands Bayern
- [Andreas Schwab](#) (CDU/EVP), ist Mitglied von: [European Internet Forum](#), [Sky and Space](#), [Kangaroo Group](#), [Transatlantic Policy Network](#)
- Gesine Meissner (FDP/Allianz der Liberalen), Vorsitzende der Intergroup [Seas, Rivers, Islands, Coastal Affairs](#)

Mitglieder

Mitglieder sind^[3]:

- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- Amazon
- [Community of European railway and infrastructure companies](#) (CER)
- [Deutsche Bahn](#) (DB Mobility Networks Logistics)
- [Deutsche Post DHL](#)
- Duisport
- FERRMED
- International Road Transport Union (IRU)
- Michelin
- Transport en Logistiek Nederland (TLN)
- [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT)
- [Association of European Vehicle Logistics](#) (ECG)
- Nordic Logistics Association
- Volvo Group
- [Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft](#) (BDL)
- European Shippers Council (ESC)
- [European Rail Flight Association](#) (ERFA)

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Contact](#), Webseite European Logistics Platform, abgerufen am 06.11.2015
2. ↑ [Advisory Board](#), Webseite ELP, abgerufen am 07. 11. 2015
3. ↑ [Members](#), Webseite European Logistics Platform, abgerufen am 06. 11. 2015